

der *Bahasa Indonesia* und der *Bahasa Malaysia* so gut wie keine Unterschiede gibt. Trotz mehrfacher Eingaben und Proteste der Kirchen gegen diese diskriminierenden Bestimmungen ist es bisher nicht gelungen, die Regierung zur Zurücknahme ihrer Maßnahmen zu bewegen. Das malaiische Erziehungsministerium ist nicht von seiner historisch und etymologisch unhaltbaren Position abzubringen, daß diese Begriffe der arabischen Sprache ausschließlich auf die Offenbarung des Koran an den Propheten Muhamad zurückgehen und daher der profanen oder religiösen Benutzung durch Nicht-Muslime entzogen seien.

Mit der Inkulturation tun sich die Kirchen schwer

Die Christliche Vereinigung von Malaysia (Christian Federation of Malaysia), ein Zusammenschluß der Katholischen Kirche, des Malaysischen Kirchenrates und der Nationalen Evangelischen Christlichen Gemeinschaft beschloß 1989 offiziell, das gesetzliche Verbot bestimmter religiöser Ausdrücke zu ignorieren und bei der bisherigen Sprech- und Schreibweise zu bleiben, da sie in der Verfassung keine Grundlage für das Verbot entdecken können.

Die Arbeit an einer theologischen Inkulturation ist unter diesen Gegebenheiten für die christlichen Kirchen verständlicherweise nicht gerade leicht. Am entschlossensten hat sich

das Theologische Seminar der Protestanten in Kota Kinabalu auf Sabah dieser Aufgabe verschrieben; dort wird als Sprache der theologischen Reflexion und Unterrichts das Malaiische gebraucht. S. *Batumalai*, Dekan des Theologischen Seminars in Malaysia in Kuala Lumpur hat ein Programm der „Nachbarschaftskunde“ (neighbourology) entwickelt, um durch den Einsatz der sprachlichen und kulturellen Kommunikationsmittel des Landes auf ein besseres Verhältnis zwischen den Religionen, besonders zwischen Christen und Muslimen, hinzuwirken.

Die Bemühungen der katholischen Kirche sind auf diesem Gebiet eher bescheiden. In den beiden Priesterseminaren des Landes in Pinang und Kuching (Ostmalaysia) wird der Unterricht auf Englisch erteilt. Inkulturationsbestrebungen sind am ehesten in der Liturgie festzustellen. Größere Fortschritte wurden in der Stärkung der Stellung der Laien und ihrer Mitverantwortung für das Leben der Kirche und der Gemeinden in den letzten 15 Jahren erzielt. Ausgangspunkt war ein „Monat der pastoralen Besinnung“ im August 1976, als der gesamte Klerus für einen Monat an einer Fortbildung teilnahm und die Gemeinden in dieser Zeit ganz den Laien überließ. Seither wurde dieses Experiment in Abständen auf diözesaner Ebene wiederholt. Es hat sich eine Reihe von Basisgemeinden gebildet, die vor allem auf dem sozialen Sektor sehr engagiert tätig sind. Die Sorge um Gerechtigkeit und Frieden und die Bemühung um eine Verwirklichung einer Kirche der Armen haben in Malaysia viel Unterstützung gefunden. *Georg Evers*

Kurzinformationen

Abschluß der dritten Phase des katholisch-lutherischen Dialogs auf Weltebene

Mit einer Sitzung in Würzburg vom 5. bis 11. September ging die dritte Phase des katholisch-lutherischen Dialogs auf Weltebene zu Ende. Sie hatte 1986 begonnen und war vor allem dem Thema *Rechtfertigung und Kirche* gewidmet. Ein entsprechendes Dokument wurde in Würzburg fertiggestellt; es soll noch in diesem Jahr veröffentlicht werden. Die Kommission für die dritte Phase des katholisch-lutherischen Dialogs wird vom Würzburger Bischof *Paul-Werner Scheele* und dem amerikanischen lutherischen Bischof *James Crumley* geleitet. Der lutherisch-katho-

lische Dialog auf Weltebene begann bald nach Abschluß des Zweiten Vatikanischen Konzils. Seine erste Phase führte zu einem Dokument über das Evangelium und die Kirche. 1973 begann eine zweite Gesprächsphase, in der u. a. die wichtigen Dokumente über das Herrenmahl (vgl. HK, Dezember 1978, 592 ff.) und über das geistliche Amt in der Kirche (vgl. HK, November 1981, 554 ff.) erarbeitet wurden. In beiden Dokumenten konnte die Kommission ein beträchtliches Maß an Übereinstimmung in traditionell zwischen Lutheranern und Katholiken strittigen Fragen feststellen. Die Arbeit der zweiten Dialogphase mündete in das Dokument „Einheit vor uns“ von 1985 (vgl. HK, Juni 1985, 259 ff.). Es umreißt ein Modell kirchlicher Einheit zwischen

Lutheranern und Katholiken mit den drei Grundpfeilern der Gemeinschaft im Glauben, in den Sakramenten und im Amt („Dienstgemeinschaft“), wobei u. a. detaillierte Überlegungen zu einer lutherisch-katholischen Ämteranerkennung angestellt werden. „Einheit vor uns“ wurde von lutherischer Seite teilweise deutlich kritisiert, weil man darin ein zu großes Entgegenkommen an das katholische Sakraments- und Amtsverständnis gegeben sah. Angesichts der Ergebnisse der ersten und zweiten Phase war es durchaus konsequent, daß man sich in der jetzt abgeschlossenen dritten Phase grundsätzlich mit der Lehre von der Kirche und ihrem Verhältnis zur Rechtfertigung befaßte. Auch der anglikanisch-katholische Dialog widmet sich in seiner jetzigen Phase

dem Thema Kirche und Rechtfertigung. (Auf das in Würzburg fertiggestellte umfangreiche Dokument über Kirche und Rechtfertigung werden wir nach seiner Veröffentlichung näher eingehen.)

Kirchenvertreter warnen vor Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen

Absichten in einigen deutschen Bundesländern, die Kosten für rechtswidrige, aber straffreie Schwangerschaftsabbrüche teilweise staatlicherseits zu übernehmen, sind von kirchlicher Seite zurückgewiesen worden. „Schwerwiegende Bedenken“ und „äußerstes Befremden“ äußerten die drei katholischen Bischöfe in Hessen gegenüber entsprechenden Plänen der hessischen Landesregierung. In einem Brief an Ministerpräsident *Hans Eichel* meinten die Bischöfe *Johannes Dyba*, *Franz Kamphaus* und *Karl Lehmann*, mit dem Vorhaben werde eine rechtswidrige Tat staatlich begünstigt. Dies sei eine „unverhohlene Aushöhlung der Grundrechte“, die das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil gerade habe schützen wollen. Wenn das Land Hessen den schwangeren Frauen helfen wolle, könne es das vor allem durch die Schaffung kinderfreundlicher Lebensbedingungen tun. Die veranschlagte Summe, 1,75 Millionen DM, ginge weit über die Ausgaben zur Förderung der Schwangerenberatung hinaus. Ähnlich äußerte sich das Katholische Büro in Hannover gegenüber entsprechenden Plänen des Frauenministeriums des Landes Niedersachsen. In einem Schreiben an Frauenministerin *Waltraud Schoppe* (Die Grünen) heißt es u. a., durch die Absicht, die Kosten in einem bestimmten Rahmen zu übernehmen, würden Entwicklungen begünstigt, durch die faktisch im Bewußtsein der Bevölkerung das ungeborene Kind zur Disposition gestellt werde. Begrüßt wurden „alle Maßnahmen der Landesregierung“ zur Schaffung kinderfreundlicher Lebensbedingungen. Gutgeheißen wurden auch Finanz-

und Beratungshilfen für in Not geratene Schwangere.

Evangelische Bischöfe Ostdeutschlands mahnen zu sozialem Ausgleich

Eine spürbare Zunahme der Unsicherheit, Rückzug in resigniertes Schweigen, nervöse Aggressivität und wachsende Mißverständnisse zwischen Ost und West – mit diesen Worten charakterisieren die acht evangelischen Bischöfe Ostdeutschlands die Stimmung vieler Menschen in den neuen Bundesländern. Im Anschluß an eine gemeinsame Beratung über die wirtschaftliche, politische und soziale Situation in Ostdeutschland veröffentlichten sie – in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Rates der EKD, dem badischen Landesbischof *Klaus Engelhardt* – am 3. September eine Erklärung, in der sie die Auswirkungen des Konzeptes „Sanieren durch Privatisieren“ und das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ kritisieren. Bei ersterem führe der Verkauf an frühere Konkurrenz zunehmend zu Produktionsverlagerungen, zum Bruch von Investitionszusagen und eben nicht zur Entwicklung einer eigenen Wirtschaftsstruktur in den neuen Ländern. Unter den Bedingungen der gegenwärtigen Rezession habe auch die bestehende Rückgaberegulung weitreichende Konsequenzen: „Ohne Grund und Boden keine Kredite, ohne Kredite keine Aufträge, ohne Aufträge keine Arbeitsplätze.“ Dies schaffe Ungerechtigkeit und gefährde den sozialen Frieden. Ein Irrtum sei die Annahme, diese Probleme und die ebenso beklagten Fälle undurchschaubarer Wirtschaftsverträge, willkürlicher Preissteigerung und von Spekulationsgewinnen würden sich von selber lösen. Daher begrüßten sie, „wenn Menschen aufmerksam werden und kritisch – auch selbstkritisch – sich zu Wort melden“. Auch wenn der deutliche Widerstreit ein Lebenselement der Demokratie sei, brauche es auch die Verständigung mit dem Ziel des sozialen Ausgleichs. Die Durchschaubarkeit der wirtschaftlichen

und politischen Situation sei notwendiger denn je. Zum gleichen Zeitpunkt hat die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg in einer Erklärung zur „Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern“ gewarnt: Signale wie der Hungerstreik in den Kaliwerken von Bischofferode seien als Ausdruck einer tiefen sozialen Krise ernst zu nehmen. In der Öffentlichkeit der westlichen Bundesländer scheine noch nicht genügend wahrgenommen zu werden, wie groß das Maß der Enttäuschung bei den Betroffenen in den östlichen ist.

Die spanischen Bischöfe fordern ein soziales Europa

Der Ständige Rat der Spanischen Bischofskonferenz veröffentlichte unlängst eine Erklärung zur sozio-ökonomischen Dimension des vereinigten Europa und ihrer ethischen Bewertung (vgl. den Text in: *Vida nueva*, 7./18.8.93). Die Bischöfe plädieren darin vor allem dafür, auf dem durch den Vertrag von Maastricht vorgezeichneten Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion die soziale Dimension des vereinten bzw. sich weiter vereinigenden Europa nicht aus den Augen zu verlieren. Der Prozeß der Wirtschafts- und Währungsunion müsse auf eine wahrhaft menschliche Weise das Ethische mit dem Technischen verbinden; der Vorrang der Ethik gegenüber der Technik, der Person gegenüber den Sachen und der Arbeit gegenüber dem Kapital müsse gewahrt bleiben. Man habe manchmal den Eindruck, so die Erklärung der spanischen Bischöfe, daß Europa zwei Dimensionen der Vereinigung vergesse: „In erster Linie die Solidarität mit den schlechter Gestellten; in zweiter Linie das Verständnis für die Kosten des Binnenmarktes für die weniger dafür gerüsteten Regionen und Bevölkerungsgruppen.“ Die Völker Westeuropas müßten sich sowohl auf das gesamteuropäische wie auf das weltweite Gemeinwohl hin öffnen. Die Bischöfe stellen die Frage, welche Art Mensch und welche Zivilisation das vereinte Europa prägen werden: „Ein utili-

taristischer und hedonistischer Mensch in einer ganz auf Effizienz und Konsum ausgerichteten Gesellschaft oder aber eine Kultur der Solidarität im Dienst jedes Menschen und aller Menschen?“ Die Erklärung appelliert an die Spanier, sich im eigenen Land im Blick auf die weitere europäische Entwicklung um einen ehrlichen Dialog zu bemühen, um so zu einem Konsens in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu kommen. Die wirtschaftliche Unterlegenheit Spaniens gegenüber den wirtschaftlich führenden Ländern in der EG dürfe nicht dazu führen, sein schöpferisches Potential zu übersehen. Die Unterstützung durch die Europäische Gemeinschaft müsse dazu beitragen, dieses Potential zu entwickeln und immer stärker Eigeninitiative an die Stelle der Hilfe von außen zu setzen. Die von allen gewünschte europäische Union werde nie nur Ergebnis der Konvergenz wirtschaftlicher Interessen, sie müsse vielmehr Ergebnis eines ehrlichen Dialogs und eines klugen und großzügigen Konsenses sein.

Kurienkardinal Etchegaray besuchte die Volksrepublik China

Der Besuch sei ein „Höflichkeitsbesuch“, ein Zeichen des Dialogwillens gewesen, und er sei nicht wegen Verhandlungen gekommen, betonte Kardinal *Roger Etchegaray*, Präsident des Päpstlichen Rates *Justitia et Pax*, am Ende seiner fünftägigen Sondermission in die Volksrepublik China am 8. September. Seit 1957 alle diplomatischen Beziehungen zwischen der Volksrepublik und dem Heiligen Stuhl abgebrochen worden waren, war dies der erste Besuch eines hochrangigen Kurienvertreters in der Volksrepublik. Offiziell war der Kardinal einer Einladung des Sportministers zu den siebten Nationalen Sportwettkämpfen gefolgt. Der Peking Nachrichtenagentur zufolge kam es jedoch auch zu einem Treffen mit dem Vizepräsidenten des Nationalen Volkskongresses und dem Direktor des Büros für religiöse Angelegenheiten

des Staatsrates. Mit dem Vorbehalt, erst dem Papst Bericht erstatten zu wollen, erklärte Etchegaray zum Abschluß der Reise ohne weitere Angaben über konkrete Gesprächsinhalte: Die katholische Kirche in China entwickle sich, und sie habe das Recht auf Gebet und universelle Solidarität, damit sie so schnell wie möglich die bislang noch zerrissene Einheit wiederfinden könne. Seine Begegnungen hätten erkennen lassen, so ein vorsichtiges Fazit Etchegarays, daß sich die Beziehungen zwischen China und dem Vatikan allmählich besserten. Mitte August hatte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums in Peking erklärt, seine Regierung sei an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Heiligen Stuhl interessiert, allerdings unter Bedingungen: dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen des Vatikans zu Taiwan und dem Verzicht auf Einmischung in innere Angelegenheiten des Landes. Nach dem Besuch erklärte jedoch ein Vertreter des Außenministerium, der Kardinal sei lediglich als „persönlicher Freund“ des Sportministers gekommen, die Haltung der chinesischen Regierung zum Vatikan habe sich nicht geändert (vgl. FAZ, 14. 9. 93). In einer Erklärung des Vatikans zu Beginn der Reise Etchegarays wurde betont, daß *Johannes Paul II.* seit Beginn seines Pontifikates jede Gelegenheit wahrgenommen habe, um seine Hochschätzung für das chinesische Volk und seine Liebe zu allen Katholiken in diesem Land zum Ausdruck zu bringen. Am 19. Juni hatte der Papst beim Besuch des Geburtshauses von *Matteo Ricci*, einer der zentralen Gestalten der jesuitischen China-Mission, den Wunsch geäußert, die Volksrepublik selbst besuchen zu können.

Chilenische Bischöfe rufen zu Einheit und Versöhnung auf

Am 11. September 1973 putschte sich in Chile das Militär an die Regierung und wurde erst 1989 durch eine gewählte bürgerliche Regierung abgelöst. Zum 20. Jahrestag dieses Ereignisses, am

Anfang des Monats September, der in Chile als „mes de la Patria“ (am 18. September wird der Unabhängigkeitstag gefeiert) begangen wird, veröffentlichte der Ständige Rat der Chilenische Bischofskonferenz eine Erklärung mit dem Titel: „Das Wiederzusammenkommen, das wir ersehnen“. In ihr beziehen die Bischöfe zu der nur schleppend und unter größten Schwierigkeiten voranschreitenden gesellschaftlichen, politischen und juristischen Vergangenheitsbewältigung Stellung. Sie mahnen alle Kräfte der Gesellschaft, eine gerechte Versöhnung, die Geltung der Menschenrechte und ein wirkliches Zusammenleben zu fördern und ein Land aufzubauen, „in dem niemand sich ausgeschlossen fühlt“, in dem jeder seinen Beitrag zur weiteren Entwicklung der Nation und zur Aufarbeitung der „Irrtümer der Vergangenheit“ leisten könne. Die Sorge um Versöhnung und Einheit verlange aber, sich der Gewalt und der Verletzung der Menschenrechte in den letzten Jahrzehnten zu stellen und mit denen solidarisch zu sein, die unter dieser Gewalt gelitten hätten und noch litten. Besonders gelte dies für die Angehörigen derer, die verhaftet wurden und niemals wieder aufgetaucht seien, deren Leichen ihren Familien nicht zurückgegeben worden seien. Dieses Kapitel in der Geschichte Chiles könne noch nicht geschlossen werden. Ein notwendiger Schritt zur Versöhnung sei es, daß die Wahrheit ans Licht gebracht werde. Die Kirche biete an, Informationen über das Verbleiben der „Verschwundenen“ und der Hingerichteten entgegenzunehmen und so ihren Beitrag zu leisten, um die Wunden der Angehörigen vernarben zu lassen. Friede und Versöhnung, die das Land dringend benötige, müßten einhergehen mit der größtmöglichen Wahrheit und Gerechtigkeit. Eindringlich werden alle für das Leid der vergangenen Jahrzehnten Verantwortlichen, Einzelpersonen und Institutionen, aufgefordert, sich der Vergangenheit zu stellen, das Geschehene offenzulegen, um Vergebung zu bitten, Buße zu tun, wenn möglich den Schaden wiedergutzumachen und die Arbeit der Justiz zu ermöglichen.